

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Brann in Freiberg.

N^o 294.

Erscheint jeden Sonntag Morgens 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.
zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Dienstag, den 19. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Weihnachtsnummer unseres Blattes erscheint diesmal Sonntag, den 24. Dezbr., Nachm.
4 Uhr. Inserate zu derselben werden bis Sonntag Mittag 11 Uhr angenommen. Die Expedition.

Tageschau.

Freiberg, den 18. Dezember.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am
Sonntag Nachmittag die Generaldebatte fort über den
Gesetzentwurf, betreffend den Erlaß der vier untersten
Stufen der Klassensteuer und die Besteuerung des Ver-
triebes von geistigen Getränken und Tabakfabrikaten.
Abg. Büchtemann stellte fest, daß nach den Erklärungen
des Finanzministers die Vorlage als Mittel zur Durch-
führung des indirekten Steuersystems auch in Preußen
dienen soll, mit dem Aufgeben der Reform der direkten
Steuern habe sich die Regierung sogar in Widerspruch
mit den Konservativen gesetzt. Redner unterzog sodann
die Vorschläge zur Deckung des Steuerausfalls einer ein-
gehenden Kritik; er bestritt, daß die geforderte Steuer eine
direkte, eine Gewerbesteuer sei, sie besteuere nicht den
Bruttoertrag, sondern den Umsatz, sie sei also eine in-
direkte Steuer und beschränke als solche die Kompetenz
des Reiches. Die Fortschrittspartei werde daher die Lizenz-
steuern aus dem Gesetz herauszubringen suchen, sich aber
nicht ablehnend gegen den Entwurf verhalten, sondern sich
bestreben, eine anderweitige Skala der direkten Steuern in
das Gesetz hineinzubringen. Der Finanzminister hält die
Ausführungen über den Druck der Steuer-Erektionen auf-
recht. Abg. Prof. Wagner führt aus, das alte Deutsch-
land sei daran zu Grunde gegangen, daß ihm das gemein-
same materielle Band eigener Einnahmen aus einem
gemeinschaftlichen Zoll- und Steuersystem fehlte. Weil
der Reichskanzler dem neuen deutschen Reiche ein solches
Band geben wolle, deshalb verdiene er den Dank der
Nation. Den Steuererlaß befürwortet Redner schon aus
finanztechnischen, dann aber auch aus politischen Gründen.
Der Erlaß könnte allerdings weiter gehen, etwa bis zur
sechsten Stufe, für die übrig bleibenden Stufen müßte eine
gerechtere Einschätzung erfolgen. Uebergehend zu der
Deckung des Steuerausfalls sagt Prof. Wagner, die Börse-
steuer sei eine gerechte Reformmaßregel. Wenn der große
Umsatz an der Börse frei sein solle, würde keine Steuer
von irgend einem andern Umsatz sich rechtfertigen lassen.
Das Prinzip der Lizenzsteuer sei ein sehr gutes; diese
Steuer sei ein ganz richtiger Versuch, die Besteuerung in
den Einzelstaaten zu bessern, ein Versuch, der aber wohl
nicht ganz den richtigen Ausdruck gefunden habe; die „Be-
steuerung des Vertriebes von geistigen Getränken und
Tabakfabrikaten“ scheine nur ungefähr dasselbe zu sein,
wie eine „direkte indirekte Besteuerung“. Bedauerlich sei
die Abwesenheit jeder Sympathie mit der organischen Re-
form der direkten Steuern in den Ausführungen des Mi-
nisters; die provisorische Natur der Lizenzsteuer war ein
Grund gegen dieselbe, wenn nicht die Einführung
dieser Steuer für das Reich geplant wäre. Später,
nach Einführung im Reich, könnte diese Steuer
auf Rechnung der Kommunen erhoben werden. Der
vorgeschlagene Steuermobus sei kein solcher, welcher
eine Abwälzung gestattet. Redner verlangte nochmals ein
baldiges Vorgehen mit der organischen Reform der direkten
Steuern und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit und
aus dem finanziellen Grunde, daß man nicht eine gute
und sichere direkte Steuer auf den Aussteueretat stellen
dürfe, welche unseren Finanzen die gerühmte feste Grund-
lage gebe. Auch mit Rücksicht auf den Zusammenhang
der direkten Steuern mit den Kommunalsteuern müsse die
Reform zur besseren Heranziehung der Wohlhabenden vor-
genommen werden, eine Verzögerung der Reichssteuerreform
sei dadurch keineswegs zu befürchten. Uebrigens sei es
nicht wahr, daß wir höhere direkte Steuern hätten, als
andere Länder, sämtliche europäische Länder hätten neben
einer viel höheren indirekten Besteuerung von Staat und
Kommune auch noch eine viel höhere Staats- und
Kommunalsteuer. Prof. Wagner warnt schließlich noch
davor, den Erlaß ohne Ersatz zu beschließen; das wäre
dieselbe verderbliche Finanzpolitik, welche Oesterreich zu
unzähligen Anleihen geführt habe. Redner resumirt seine
Ausführungen dahin, daß er mit dem Erlaß womöglich
von 4 Steuerstufen einverstanden sei, aber zur Hebung
der Bedenken bezüglich der Deckungsmittel die Berathung
in einer Kommission von 21 Mitgliedern empfehle, nicht
mit der Absicht die Vorlage abgelehnt, sondern sie ver-

bessert zu sehen. Abg. v. Bennigsen hebt den Wider-
spruch hervor, der in dem Verlangen liege, wegen großer
direkter Steuern, welche die Aermere treffen, direkte
Steuern aufzuheben, welche wiederum durch neue indirekte
Steuern gedeckt werden sollen, die auf die ärmeren Klassen
abgewälzt werden können. Die nationalliberale Partei
werde der Lizenzsteuer nicht beistimmen. Bezüglich des
zweiten Theiles der Vorlage, betreffend eine anderweitige
Deckung des durch Aufhebung der vier untersten Klassen-
steuerstufen verursachten Ausfalls, als durch die Lizenz-
steuern, sei er auch der Meinung, daß, bevor nicht eine
solche Deckung gefunden ist, die Vorlage von der Re-
gierung zurückgewiesen werden müsse. Der Staat sei
nicht in der Lage, ohne einen entsprechenden Ersatz auf
den Ertrag der betreffenden Klassensteuerstufen zu ver-
zichten und in den Motiven zur Vorlage sei dies auch
sehr präzis ausgedrückt. Es sei also die positive Aufgabe
des Landtags, eine anderweitige Deckung als die Lizenz-
steuern zu finden. Es sei sehr erfreulich, daß die Dis-
kussion über diese Vorlage eine ruhige, nüchterne, sachliche
gewesen, wie dies bei anderen Diskussionen nicht immer
der Fall. Bedeutsamer jedoch sei, daß sich auf diesem
schwierigen Gebiete darüber, daß eine anderweitige Deck-
ung gefunden werden müsse, eine kaum zu erwartende
Uebereinstimmung gezeigt hätte. Das deute hoffentlich
auf einen positiv glücklichen Verlauf der weiteren Er-
örterung dieser Frage gegenüber den mangelnden Erfolgen
bei manchen anderen Beratungen. Wer an diesen
mangelnden Erfolgen die Schuld trage, sei für den Außen-
stehenden schwer zu entscheiden, den Schaden aber haben
alle Theile, Parlament, Parteien und Regierung. Wenn
sich also hier zum ersten Male eine so unerwartete Ueber-
einstimmung gezeigt habe, so sei auch die Regierung ver-
pflichtet, diese neue Lage mit allem Ernste zu erwägen, und
wenn möglich zu einem gesetzgeberischen Abschluß zu bringen.
Für die Aufhebung der untersten Stufen werde eine
Majorität also nicht fehlen; nur hinsichtlich der dritten
und vierten Stufe beständen Bedenken. Die Begründung
der Motive an der Hand der Exekutionszahlen liefere
gewiß kein erschöpfendes Bild der Gesamt-Verhältnisse
des Landes, dennoch aber sei die Nothwendigkeit, hier
heilend einzugreifen, wenigstens für die erste und zweite
Stufe erwiesen. Die Deckung des Ausfalls werde nach
der Stimmung der Majorität durch die beiden Steuer-
erlasse zu erfolgen haben, dazu werde eine Reform der
Skala treten, welche die ganze Summe der beiden Erlasse
wieder einbringen müsse. Mit der Aufhebung der vier
Stufen sei es indeß nicht gethan, der Sprung bis zur
fünften Stufe der Einschätzung würde ein zu unvermit-
telter sein, die Frage, ob der Besitz freigelassen oder in die
fünfte, künftig erste Klasse mit 18 Mark eingeschätzt werden
soll, würde zu schreienden Unzuträglichkeiten führen. Hier
müsse die Skala dergestalt eingerichtet werden, daß man
die vierte und vielleicht auch die dritte Stufe nicht auf-
hebe, sondern nur bedeutend ermäßige, welche Ermäßigung
vor der fünften Stufe nicht Halt zu machen brauchte. Die
beiden Erlasse gewährten die Mittel zum völligen Erlasse
der beiden untersten Stufen, eine Einigung zwischen Land-
tag und Regierung sei also keineswegs schwierig. Dies
wäre ein positiver Anfang einer ganz ernsthaften Reform,
den die Regierung unmöglich ablehnen könne. Die Frage
des direkten oder indirekten Steuersystems scheine im
Haufe ebenfalls nicht mehr die früheren schroffen Mei-
nungsverschiedenheiten hervorgerufen zu haben; die Reform
der direkten Steuern durch schärfere Deklaration und
Fassung wie in Süddeutschland werde von der Majorität
ebenfalls gefordert. Wenn auch nicht Alles in dieser
Session zu erreichen sei, so würde wenigstens in Resolu-
tionen zu einer Uebereinstimmung in den prinzipiellen
Grundlagen der Reform gelangt werden können, und auch
dies wäre ein bedeutsamer Fortschritt. Hierauf wurde die
Diskussion geschlossen und die Vorlage einer Kommission
von 21 Mitgliedern überwiesen. — Heute hält das Abge-
ordnetenhaus abermals Sitzung und es gilt als sicher,
daß es nicht vor Mittwoch auf Ferien geht. Für heute
steht auf der Tagesordnung die Interpellation Dirichlet
und die Fortsetzung der Etatsberathung, und zwar zu-
nächst des Kapitels: Staatsarchive. — Die Gewerbe-
kommission des Reichstages beschäftigte sich am

Freitag Abend mit dem Antrage Ackermann, Dr. Hartmann
und v. Kleist-Neckow, betreffend die Einführung obligato-
rischer Arbeitsbücher. Von Seiten der Antrag-
steller, denen Vertreter der Freikonservativen und des
Zentrums beitraten, wurde geltend gemacht, es handle
sich um eine von Arbeitern und Arbeitgebern gleichmäßig
gewünschte Einrichtung, welche die Legitimationslosigkeit
der Arbeiter beseitigen und das gegenüber völlig fremden
legitimationslosen Arbeitern auf Seiten der Arbeitgeber
naturgemäß bestehende Mißtrauen hinwegräumen solle. In
Frankreich bestehe das Institut der obligatorischen Ar-
beitsbücher noch jetzt unter der republikanischen Regierung;
alle bezüglich dieser Angelegenheit beim Reichstage einge-
laufenen Petitionen verlangten nach deren Einführung;
keine Petition spreche sich gegen die obligatorischen Arbeits-
bücher aus. Von Seiten der Vertreter der Fortschrittspartei
und der liberalen Vereinigung wurde diesen Aus-
führungen mit dem Hinweis auf die Wirkungslosigkeit der
ganzen Maßregel, auf die in derselben liegende Kränkung der
Arbeitgeber und die aus derselben resultirende Aufregung des Ar-
beiterstandes gegen den Antrag gesprochen. Ein Vertreter der
nationalliberalen Partei nahm eine vermittelnde Stellung ein,
indem er unter der sehrhaften und fluktuirenden Arbeiter-
schaft unterschieden wissen wollte und bezüglich der letzteren
zugab, daß der Mangel der Legitimation in Zeiten vorüber-
gehender Arbeitslosigkeit manchen Arbeiter in das Vaga-
bundenhum schuldlos hinabstoße; mit dem Antrag im
Ganzen war dieser Redner nicht einverstanden. Von
Seiten des Vertreters des Bundesraths, Geheimraths
Vöbker, wurde die Erklärung abgegeben, daß bei der Vor-
berathung der Gewerbeordnungsnovelle die Einführung
obligatorischer Arbeitsbücher allerdings, wie seiner Zeit die
Zeitungen berichtet hatten, von verschiedener Seite angeregt,
vom Bundesrathe indeß in Uebereinstimmung mit dem
von ihm bereits früher eingenommenen Standpunkte abge-
lehnt worden sei. Seitdem sei die Frage im Schooße des
Bundesrathes noch nicht wieder zur Verhandlung gekommen
und auch von Seiten der Reichsregierung noch nicht weiter
ermogen worden. Die Sache steht in dieser Hinsicht also
noch genau auf dem alten Flecke. Irgend welche Instruktion
in Bezug auf den erst vor wenigen Stunden vertheilten
Antrag besitze er nicht. Nach mehrstündiger Debatte wurde
der Antrag schließlich mit 11 gegen 8 Stimmen an-
genommen und ebenso die ganze Novelle in erster Lesung.
— Der deutsche Handeltag beriet am Sonnabend
über die Handelsstatistik und nahm schließlich in nament-
licher, nach Handelskammern bewirkter Abstimmung mit
64 gegen 18 Stimmen eine Resolution an, wonach der
Handeltag die Einführung einer obligatorischen Werth-
deklaration für erforderlich erachtet. In der Barant-
frage wurde der Ausschuss beauftragt, für den Ausbau des
Artikels 302 des Handelsgesetzbuches dahin zu wirken, daß
sowohl der Lagerchein, wie der Waarenschuldchein als
Repräsentant der Waaren, worüber sie lauten, anerkannt
werde und das Indossament derselben zum Eigenthums-
übergange und zur Verpfändung an durch Scheine re-
präsentirten Waaren ausreiche. In der Kanalfrage wurde
der Antrag Kochhans (Berlin) angenommen, welcher die
Vermehrung und Verbesserung der Wasserstraßen für
dringend geboten erklärt, insbesondere die Verbindung der
Ostprovinzen mit den Westprovinzen, sowie die Verbindung
der Kohlen- und Hüttenreviere des Rheinlands, Westfalens,
Schlesiens und Sachsens unter einander und mit Seehäfen
durch gute, in Breite und Tiefe genügende Schiffahrts-
straßen für nothwendig erachtet. Der Vorsitzende Del-
brück schloß den Handeltag mit dem Wunsche immer
festerer Vereinigung der deutschen Handelskammern.
— Ueber den Zweck der Allianzenthüllungen
der „Köln. Ztg.“ schreibt heute das „Deutsche Montags-
blatt“: „In diplomatischen Kreisen verlaute, daß die Ber-
liner Enthüllungen über das deutsch-österreichische Bündniß
nicht in erster Linie den Zweck gehabt hätten, die öffent-
liche Meinung in Italien und Oesterreich anlässlich des
Besuches des Herrn v. Giers zu beeinflussen, sondern daß
sie für die öffentliche Meinung in England bestimmt
waren. Die Absicht, den Lord Derby in das Kabinett zu
berufen, hat hier wegen dessen ausgesprochener Franzosen-
freundlichkeit nicht nur verstimmt, sondern ganz direkt
Besorgnisse hervorgerufen. Dabei kam die Persönlichkeit